

## Der Reichsrat wieder eröffnet!

Der Reichsrat tritt heute zusammen! Eine graue Furcht von mehr als drei Jahren hat Oesterreichs Politik durchgemacht, bis sie am Schluß wieder dort angelangt ist, wo sie vor dem Kriegsausbruch gestanden. Drei wichtige, ereignisreiche Jahre, die das politische Denken aller Völker aufgewühlt und umgeformt haben, sind für die Bildung unseres politischen Bewußtseins beinahe verlorengegangen und nichts hat — die Tatsachen ausgenommen — zur Seele des Volkes gesprochen als das geduldige Papier unfreier Zeitungen und noch unfreier Verordnungen. Sistierte war die Aufklärungsarbeit der Versammlungen, die Werbekraft der Ideen, die sonst das Parteileben befruchtet hätten. Ein politisch unorientiertes Volk und seine unorientierte und unorganisierte Vertretung sind das Ergebnis von drei Jahren politischer Erstarrung. Und am Ende muß man das Parlament ausgraben, wie und wo man es verscharrt hat!

In der Stunde, wo das Parlament wiederkehrt, wo man der Freude Ausdruck geben will, daß dem Volke seine Vertretung zurückgegeben ist, übermannt uns wieder die Bitterkeit über den mutwilligen und uneinbringlichen Verlust. Das ist dem blindesten Reaktionsär im Kriege klar geworden, daß Parlamente die hohe Schule staatsbürgerlicher Erkenntnis und Willenserziehung sind, ohne die kein Volk zur politischen Reife gelangen kann. Denn sie richten das politische Denken der Massen nach großen letzten Zielen aus, sie leiten den sonst sich selbst und dem Wirbelsturm wechselnder Meinungen preisgegebenen Staatsbürger an, sich über das Alltägliche-Nächste zu erheben und den Blick aufs Allgemeine zu richten, sich als Glied des Ganzen zu fühlen und so zu handeln. Parlamente können irren, aber selbst ihre Irrtümer wirken erzieherisch. Ohne sie aber bleibt das Meinen des Volkes chaotisch und verliert sich in kurzfristige Sonderinteressen. Wohl belehren die großen Tatsachen, aber sie sprechen zu jedem eine andere Sprache. Und so werden, so müssen wir erfahren, daß auch der Krieg zunächst die widersprechendsten Auffassungen hervorgerufen hat und daß bei dem Mangel jeder gemeinsamen Stätte des Meinungsaustrags alle Widersprüche unvermittelt aufeinanderstoßen. Leicht wird es das Parlament nicht haben, durch das Wirbel den Weg zu finden, aber seine Schuld ist diese Bedrängnis nicht.

Nur eine wertvolle, große politische Gefahrung haben wir gemacht: Ohne Parlament kann ein Staat und sein Volk nicht leben. Als tiefe Demütigung empfinden heute auch jene, die über die Volksvertretung leichtfertig die Achsel gezuckt haben, diese drei Jahre staatsbürgerlicher Rechtlosigkeit. Und selbst jene, denen das Ehrgefühl des freien Bürgers gebricht, befehen heute mit Entsetzen den furchtbaren wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Schaden, den eine absolute, uneingeschränkte und unkontrollierte Verwaltung auch dann stiften müßte, wenn sie von besten Absichten befeelt und fachlich tüchtig wäre! Wie viel hätte eine Volksvertretung, und wäre sie noch so mangelhaft, durch ihr bloßes Dasein verhüten können, wie viele Fehler und Unterlassungen, wie manches Opfer an Gut und Blut! Nun hat sich die ganze Kriegswirtschaft, die Ausbringung wie die Verausgabung der Mittel, ohne parlamentarische Kontrolle vollzogen; nun ist die Volkswirtschaft bis in die fernste Feldflur und in die kleinste Werkstatt umgewälzt worden, auf Jahrzehnte werden die Nachwirkungen fühlbar bleiben und unsere künftige Arbeit entscheidend beeinflussen. Diese Umgestaltung hat sich ohne den Rat einer Volksvertretung vollzogen und verspätete Nachprüfung kann die vollendeten Tatsachen kaum mehr ändern. Heute begreift auch der politische Leichtsin, die frivole Oberflächlichkeit, daß selbst ein schlechtes Parlament besser ist als keines.

Und so wirkt für das Parlament die lebendige Ueberzeugung aller von seiner Unerläßlichkeit und Unersehlbarkeit. Wir wissen nicht, inwieweit diese Ueberzeugung auch die Staatslenker, inwieweit sie die vor langer Zeit und unter anderen Umständen gewählten Abgeordneten erfüllt. Die Sorge ist nicht von der Hand zu weisen, daß die einen nicht genug gelernt, die anderen von ihren Fehlern nicht genug vergessen haben. Zu Bitteres haben wir erfahren, um auf Worte der

einen zu bauen und in die Einsicht der anderen unsere Zuversicht zu setzen. In die Schuld, die junge Demokratie des allgemeinen Wahlrechts verurteilt zu haben, teilen sich die verflochtenen Regierungen und die bürgerlichen Parteien aller Nationen redlich. Es bleibt den Massen unvergessen, daß § 14 und Obstruktion einander willig in die Hand gearbeitet, daß Obstruktion und Obstruktionsdrohung einander gegenüberstanden und für den Verfassungsbruch Gelegenheitsmacher waren. Blindes Vertrauen täuscht uns nicht und das arbeitende Volk wird auf der Hut sein. Seine Lage ist darnach nicht, daß es sich auf die Enträtselung von Couloirintriguen einlassen könnte: Es huldiert keinen Illusionen, aber es braucht ein Parlament, das arbeitet, denn es braucht die einfachen Sicherungen des Rechtsstaates, die primitiven Sicherungen der staatsbürgerlichen Freiheit und der rechtlichen Verwaltung, die anderwärts eine Selbstverständlichkeit sind, es braucht die Fürsorge für seine Krüppel und Waisen, es braucht das schmale Stück täglichen Brotes und könnte es nicht ertragen, diese nackten Selbstverständlichkeiten nicht erfüllt zu sehen, weil der Chauvinismus der einen oder anderen Gruppe anderes für wichtiger und dringender hält. Der Schwierigkeiten, der verschuldeten und unverschuldeten, mit denen diese wiederbelebte Volksvertretung zu kämpfen hat, ist jeder sich bewußt und niemand wird sie durch unerfüllbare Forderungen noch vermehren wollen. Wir wissen, daß einige Zurückhaltung geübt werden muß. Trotzdem aber fordert der Zustand des Landes die schuldige Rücksichtnahme auf die Leiden der Massen daheim und auf das Sterben der Massen im Felde. Unerträglich wäre die Fortführung des frivolen Spieles, das vor dem Kriege das Parlament entehrt hat, und deren Folgen wären unausdenkbar. Das Parlament hat die heilige Pflicht, ein Werkzeug des Friedens und ein Werkzeug unserer wirtschaftlichen und leiblichen Wiedergeburt zu werden. Die Abgeordneten, die den lange verlagten Saal der Gesetzgebung betreten, mögen dessen wohlbewußt sein, daß sie Erwählte des allgemeinen Stimmrechtes sind und daß die unendliche Mehrheit des Volkes von ihnen bald Rechenschaft fordern wird. Das allgemeine Stimmrecht und damit das einzige Stück Demokratie, das wir besitzen, die einzige Triebkraft unserer politischen Entwicklung, ist in die Hände der herrschenden Parteien, in die Hände dieses Parlaments gelegt: möge die Volksvertretung verstehen, es wohl zu wahren und zu benützen!

## Wachen und Berichten der Kontrollkommission.

Die Staatsschuldenkontrollkommission erstattet jetzt „alleruntertänigste Vorträge“. Damit ist in der eigentlichen Aufgabe dieser Körperschaft der Gipfel erreicht, in der Aufgabe nämlich, zu verhüllen, daß die Kommission, die kontrollieren soll, dem Absolutismus die spanische Wand macht.

Die Staatsschuldenkontrollkommission hat bekanntlich darüber zu wachen, „daß die bestehende Staatsschuld nur im verfassungsmäßigen Wege vermehrt oder verändert werde“. Wer Oesterreich nicht kennt und wer insbesondere die Geschichte der österreichischen Verfassungswirren nicht kennt, der wird diese Sicherung einfach nicht begreifen. Wie sollen denn Staatsanleihen anders als auf verfassungsmäßige Weise unternommen werden? Da ist eine Verfassung, die es anordnet und die doch in voller Kraft steht; da ist ein Reichsrat, der wirkt und der sich's doch nicht gefallen ließe, daß man in seine wichtigste Prerogative greift; wer sollte diesen Eingriff wagen? Aber wir verstehen die Schöpfer dieser Sicherung sehr gut; sie hatten die Erfahrung mit der Verfassungssistierung hinter sich, hatten es handgreiflich erlebt, daß die Staatsschulden auch auf nicht verfassungsmäßige Weise vermehrt wurden; und ihrer Kraft, es zu hindern, mißtrauend, suchten